

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Traktionsschrift: Nachrichten Dresden.  
Gesamtpreis: 25 241.  
Für die Nachgelieferter: 20011.

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 31. Juli 1925 bei täglich zweimaliger Zustellung drei Haus 1,50 Mark.  
Postbezugspreis für Monat Juli 3 Mark. Einzelexemplar 18 Pfennig.  
Die Anzeigen werden nach Gelddruck berechnet; die einpaltige 30 mm breite  
Zeile 30 Pfg. für auswärts 35 Pfg. Familienanzeigen und Stellenangebote ohne  
Rabatt 10 Pfg. außerhalb 20 Pfg., die 40 mm breite Reklameweile 150 Pfg.,  
außerhalb 200 Pfg. Offertengelände 10 Pfg. Ausw. Anträge gegen Vorzusahl.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle  
Marianenstr. 35/40.  
Druck u. Verlag von Wiegand & Reichardt in Dresden.  
Poltschek-Konto 1066 Dresden.

Redaktion nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) möglich. Unentgeltliche Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

## Die Aufnahme der Note in London und Paris.

### Freundliche Haltung der englischen Presse, Angriffe der Pariser Chauvinistenblätter. Die sechs Punkte des Zollkompromisses der Regierungsparteien. — Die Eisenbahnergewerkschaften kündigen den Lohnlarif.

#### Fortdauernder Optimismus in London.

(Durch Funkfunk.)  
London, 22. Juli. In einem Beitragsartikel führt die extrem konservative „Morning Post“ aus, die deutsche Note biete eine Grundlage für weitere Verhandlungen und gewähre Grund zu der Hoffnung, daß diese Verhandlungen zu einem erfreulichen Ergebnis führen. Die deutsche Note werfe zwar viele Punkte auf, die als kritisch bezeichnet werden könnten, aber der Ton der Note sei vollkommen tadelloß. Einige der Vorbehalte und Einwände der deutschen Regierung seien wahrscheinlich für den inneren Gebrauch bestimmt. Das Blatt bemerkt, es schade weiter nichts, wenn man die Möglichkeit der Anpassung bestehender Verträge zu geeigneter Zeit an veränderte Verhältnisse mittels friedlicher Vereinbarungen in Aussicht nehmen, solange deutlich zugesagt werde, wie dies geschehe, daß der vorgeschlagene Pakt nicht eine Veränderung bestehender Verträge darstelle. Das Blatt fährt fort, die Einwände Deutschlands gegen den Eintritt in den Völkerbund gründeten sich nicht länger auf prinzipielle Fragen, sondern auf Fragen von Einzelheiten, die es noch zu regeln wünsche.

Hinsichtlich der Stelle der deutschen Note über den Einfluß des Paktes auf die Abänderung der Vertragsbestimmungen bezüglich der Besetzung, sowie hinsichtlich des seinen Hiebess gegen die Alliierten bezüglich der in der Völkerbundsatzung vorgeschriebenen „allgemeinen Abrüstung“ sei der allgemeine Eindruck in Regierungskreisen, daß diese Stellen nicht allzu ernst genommen zu werden brauchen, denn man könne sich sagen, daß jeder deutsche Staatsmann diese Fragen aufwerfen müsse, wenn er ein solches Dokument verfaßt.

Auch in der übrigen Presse findet die deutsche Antwortnote eine günstige Aufnahme. Die Blätter heben den freundlichen Ton der Note hervor, übersehen jedoch nicht, daß die aufgeworfenen wichtigen Fragen zu schwierigen Verhandlungen führen können. Die Presse hofft jedoch, daß das zum Schluß der Note ausgedrückte Vertrauen in ein positives Ergebnis weiterer Verhandlungen sich rechtfertigen wird. „Daily News“ zufolge habe die Antwort Deutschlands in britischen amtlichen Kreisen Befriedigung hervorgerufen. Die Note sei allerdings etwas unbestimmt und deutet darauf hin, daß viele Hände an ihr gearbeitet hätten und daß in letzter Stunde noch Abänderungen vorgenommen seien. Das Blatt bemerkt zu der in der Note erwähnten Frage der Besetzung, dies sei ein deutlicher Hinweis, daß Deutschland wünsche, die Anwendung des Versailles Vertrags im Westen abzuändern. Dies sei eine der vielen Stellen in der Note, die augenscheinlich für die öffentliche Meinung bestimmt seien. (wfb)

#### Die Kritik der französischen Rechtspresse an der Note.

Paris, 22. Juli. Die Morgenpresse kommentiert ausführlich die deutsche Note in der Sicherheitsfrage. Während der Festschluß des Quai d'Orsay in Gesprächen bemerkte, daß der günstige Eindruck der Note in den offiziellen Kreisen unverändert anhalte, findet die Note besonders in der Rechtspresse eine abfällige Kritik. Die Linksblätter sind zurückhaltender. Aber allgemein glaubt man, daß noch lange Unterhandlungen notwendig sein werden, bevor die Sicherheitsfrage einigermaßen geklärt sein wird. Ebenso wird allgemein gefordert, daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund bedingungslos erfolge. Man müßte Deutschland höchstens zugeben, daß seine militärischen Verpflichtungen, die ihm im Völkerbund erwachsen würden, beschränkt werden, daß aber von einer vollständigen Aufhebung nicht die Rede sein könne.

Der „Matin“ glaubt, daß zu Beginn der diplomatischen Unterhandlungen man sich immer aufs Neueste gefast machen müsse. Briand habe gestern ausdrücklich erklärt, daß, wenn die deutschen Vorbehalte aufrechterhalten würden, keine Aussichten für einen Erfolg der Unterhandlungen beständen. — „Petit Parisien“ beschäftigt sich eingehend mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Der Sicherheitsvertrag müsse vor allem ein Gegenseitigkeitsvertrag sein. Deutschland müsse den Mitunterzeichnern des Vertrags gleiche Hilfe zukommen, der es selber im Falle eines Angriffs teilhaftig werde. (!)

Sehr scharf kritisiert „Journal“ die Note. Sie sei so anmaßend, daß sie sogar auf die Unmöglichkeit der Aufrechterhaltung der Friedensverträge hinwiese und die Revision des Rheinlandstatus ins Auge fasse. Sie wolle vor allem Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und England wieder aufleben lassen. — „Echo de Paris“ vertritt einen noch ablenkenderen Standpunkt. Vertinax schreibt: Die deutsche Note ist eine Kriegsmaßnahme gegen die gegenwärtige europäische Ordnung und zielt auf die Verklärung der französischen Alliierten ab. — Der „Figaro“ sieht voraus, daß schwierige Verhandlungen kommen werden. — Der „Gaulois“ meint, man müsse mit Deutschland scharf ins Gericht gehen.

#### Eine französische Note an die Alliierten.

Paris, 22. Juli. Die „Journal“ berichtet, hat der Generalsekretär am Quai d'Orsay, Berthelot, bereits eine Note ausgearbeitet, die angesichts der deutschen Note zur Sicherheitsfrage den Alliierten Regierungen zugehandelt werden soll. Diese Note soll die Punkte präzisieren, in denen es unmöglich sei, den Standpunkt Deutschlands anzunehmen. (W.F.W.)

#### Deutsche Pressstimmen zur Note.

Berlin, 22. Juli. Bei ihren Kommentaren zu der deutschen Antwortnote betonen die Blätter aller Parteirichtungen, daß die Note in erster Linie eine Zwischennote sei, dazu bestimmt, den Gang der Verhandlungen ohne Herbeiführung einer entscheidenden Wendung sachlich zu fördern. Nur die „Deutsche Zeitung“ bezeichnet es als bedauerlich, daß durch die deutsche Antwort auf dem unheilvollen Wege weitergeschritten wird, anstatt den ganzen Sicherheitsvorbehalt in den Papierkorb zu werfen.

Die „Kreuzzeitung“ schreibt, wenn man der Note auch nicht in allen Teilen zustimmen kann, so ist auf der anderen Seite doch anzuerkennen, daß sie immerhin die wesentlichen Vorbehalte gegenüber den Briand'schen Vorschlägen zum Ausdruck bringt.

Die „Deutsche Tageszeitung“ stellt fest, daß mancher berechtigte Wunsch von der Note nicht erfüllt wird. Sie hätte auch in mancher Beziehung eine deutlichere Sprache gefordert, daß die Vorbehalte, die in der Note gemacht worden sind, auf alle Fälle gehalten werden.

Der „Vorwärts“ äußert den Wunsch, daß man möglichst bald zu einer Konferenz komme, ehe durch ein weiteres Hin und Her von diplomatischen Briefen Unheil angerichtet wird.

Der „Vorwärts“ meint, die Note deute mit diplomatisch gewählten Worten an, daß Deutschland die Erfüllung besonderer nationaler Forderungen zu erwarten das Recht habe, wenn die Verhandlungen zu einem glücklichen Ergebnis führten.

Das „Berliner Tageblatt“ schreibt, daß durch diese Note ein gewisser Schritt auf dem Wege zur Verständigung getan sei.

Die „Germania“ schreibt, die Note trage in ihrer vorläufigen Formulierung durchaus den Charakter eines Zwischenaktes, dazu bestimmt, den Fäden weiterzuspinnen und den Gang der Verhandlungen ohne die Herbeiführung einer entscheidenden Besprechung sachlich zu fördern.

Die „Vossische Zeitung“ ist der Auffassung, daß die Genennung über die Bereitschaft der alliierten Regierungen, gemeinsam mit der deutschen Regierung den Weg der Verständigung zu betreten, und die Feststellung einer bedeutsamen Annäherung der beiderseitigen Anschauungen, sowie das Verlangen nach Beilegung durch weitere Erörterungen eine günstige politische Atmosphäre schaffen.

#### Soehns Erklärungen bei Uebergabe der Note.

Berlin, 22. Juli. Ueber die Unterredung des deutschen Botschafters v. Soehs mit Briand vor der Ueberreichung der Note wird aus Paris gemeldet, daß der deutsche Botschafter bei Ueberreichung der Note darauf hinwies, daß über den Inhalt der deutschen Antwort nicht nur bei den Mitgliedern der Reichsregierung, sondern auch bei den Vertretern aller deutschen Staaten und den Führern aller deutschen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten und der Völkischen Einigkeit herrsche. Die Note dürfe deshalb als ein Ausdruck des deutschen Volkswillens betrachtet werden. Wie ferner erklärt wird, wurde bei der Unterredung über die Möglichkeit einer Konferenz noch nicht gesprochen.

#### Die Tagesordnung der heutigen Reichstagsitzung.

Berlin, 22. Juli. Auf der Tagesordnung der heutigen Reichstagsitzung steht, wie schon gemeldet, die außenpolitische Aussprache. In Verbindung damit werden einige Ergänzungsetats sowie die Interpellationen der Sozialdemokraten zum deutschen Memorandum vom 9. Februar, der Kommunisten zum Sicherheitsvertrag und der Völkischen zur Nachprüfung der Danzigs-Befehle auf ihren verfassungswidrigen Charakter durch den Staatsgerichtshof beim Reichsgerichtshof, sowie endlich das völkische Misstrauensvotum gegen den Reichsminister des Auswärtigen beraten.

Als erster Redner der Deutschnationalen wird Graf Westarp sprechen, für das Zentrum Prälats Kaas, für die Volkspartei Dr. Curtius, für die Bayerische Volkspartei wahrscheinlich Abg. Reich (da Graf Lerchenfeld zurzeit in Madrid weilt), für die Demokraten wahrscheinlich Dr. Haas. — Bei der Abstimmung über das völkische Misstrauensvotum wird die demokratische Fraktion, der „D. Z.“ zufolge, vermutlich Stimmhaltung abgeben, während die Sozialdemokraten geschlossen für den völkischen Misstrauensantrag stimmen.

#### Ende der Besatzungskontrolle über die geräumten Gebiete.

Essen, 21. Juli. Bei der Stadtverwaltung Essen ist folgendes Schreiben des Generals Braquet, des Kommandeurs des Bezirks Essen, eingegangen: In Ausführung der Vorschriften des Oberkommissars der Rheinarmee nimmt die Kontrolle der Besatzungsbehörden an folgenden Tagen ihr Ende: am 20. Juli mitternachts für die besetzten Gebiete der Provinz Westfalen und am 31. Juli mitternachts für den Rest der seit dem 11. Januar 1923 besetzten Gebiete. (F. U.)

#### Die Notlage der Saararbeiter.

Saarbrücken, 22. Juli. Die Dechanten des Saargebietes haben an die Regierungskommission eine Eingabe gerichtet, in der sie die Regierung um Vermittlung zur Herbeiführung befriedigender Lebensbedingungen des Arbeiterhandes, insbesondere der Berg- und Hüttenarbeiter, anrufen.

#### Agrarzölle und Preisbildung.

In dem Kampf um die neue Zollvorlage sind die Agrarzölle der heiligschriftliche Punkt. Einer der häufigsten Einwände, den die freihändlerische Presse gegen die Einführung von Getreidezöllen ins Feld führt, ist die Behauptung, daß die Agrarzölle eine Steigerung der Lebensmittelpreise, die wiederum eine Erhöhung der Löhne in der Industrie nach sich ziehen. Die Lohn erhöhungen bedingen größere Produktionskosten und verhindern damit, so wird angeführt, die Exportfähigkeit der Industrie. Diese Argumentation beruht teils auf subjektiven Behauptungen statt auf Tatsachen, teils liegt sie von einer weitgehenden Unkenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge. Ihre Urheber übersehen offensichtlich, daß die Entwicklung in den letzten Jahren vor dem Kriege das genaue Gegenteil beweist. Selbstverständlich wird nicht abgeleugnet, daß unter Umständen eine gewisse Verteuerung der Lebenshaltung, besonders für eine Uebergangszeit, durch die Agrarzölle eintreten kann. Andererseits ist zu berücksichtigen, daß sich zunächst die Erzeugerpreise nicht genau entsprechend der Höhe der Zölle heben. Auch das beweist die Vergangenheit zur Genüge. Die einzelnen Landwirte stellen keine nach einheitlichen Motiven handelnde Verkaufsgemeinschaft dar. Es fehlen ihr also die Möglichkeiten, in geschlossener Front auf die Preisgestaltung einzuwirken, wie es die Industrie dank ihres hart durchgeführten Zusammenschlusses vermag, oder auch nur den Einfluß auszuüben, den sich die Gewerkschaften auf Grund ihrer Organisation in den letzten Jahren auf die Festsetzung der Arbeiterlöhne gesichert haben. Es kommt hinzu, daß bei der endgültigen Festsetzung der Preise der Weltmarkt eine entscheidende Rolle spielt. Ist die Weltmarke gut ausgefallen und infolgedessen ein reichliches Angebot auf dem Markt, so wird sich das Ausland, um seine Ware in Deutschland abzusetzen, trotz allen Sträubens dazu verstehen müssen, wenigstens einen Teil der Zölle zu tragen. Auf die Dauer wird jährlich der deutsche Konsum am billigsten aus der eigenen Scholle ernährt, da nach den Erfahrungen der Vorkriegszeit durch einen maßvollen Zollschutz die gesteigerte Produktion vermehrte Angebot auch im Inland bewirkt und Massenangebot immer eine Senkung des Preises zur Folge hat. Der Landwirt kann dann aber auch, wenn er erst in die Lage versetzt wird, viel zu produzieren — also viel abzusetzen —, mit einem mäßigen Preise auskommen, da ihm der infolge vermehrter Produktion gesteigerte größere Absatz natürlich größeren Ertrag bringt.

Die Zeit nach Einführung der Pflanzölle hat auch keineswegs erwiesen, daß das Brot oder die Lebenshaltung entsprechend der Zollbelastung teurer geworden ist. Der damals durch die kampfkräftigere Landwirtschaft bewirkte erhöhte Absatz von Industrieerzeugnissen hat vielmehr erheblich zu der ungeahnten Steigerung der deutschen Industrie beigetragen und nicht zuletzt zu einer wirtschaftlichen Aufbesserung der breiten Massen geführt, die von keinem Volkswirtschaftler ernstlich bestritten werden kann. Durch die Agrarzölle und die damit verbundene gesteigerte Kaufkraft großer Bevölkerungsteile im Inland erfahren die Möglichkeiten eines Absatzes auf dem Inlandmarkt für die Industrie eine erhebliche Erweiterung. Außerdem aber bringt ein erhöhter Inlandsabsatz indirekt eine Begünstigung der Exportmöglichkeiten mit sich. Vergrößerter Absatz im Inland führt naturgemäß zu größerer Produktion. Diese führt, da die Industrie in einem gewissen Gegensatz zur Landwirtschaft bei intensiverer Produktion billiger arbeiten, zu einer Verminderung der Generalaufkosten, daher zu einer Verbilligung der Fabrikate, und damit auch zu gesteigerter Absatzmöglichkeit im Ausland. Schon diese kurzen Gedankenreihen weisen darauf hin, wie innig die Zusammenhänge unseres Wirtschaftslebens ineinander verflochten sind, und wie weit die Interessen von Landwirtschaft und Industrie einerseits und den Abnehmern, besonders der Arbeiter, andererseits parallel laufen.

Nun sind allerdings die Preise für Lebensmittel in den letzten Wochen in geradezu besorgniserregender Weise gestiegen. Besonders Rindfleisch und Gemüse sind nahezu unerträglich. Jergendeine nachhaltige Ursache ist zunächst nicht ersichtlich. Weisach wird aber die Preissteigerung schlankweg mit dem Hinweis auf die bevorstehenden Zölle begründet, wobei die zollgagnerische Presse bereitwillig Handlangerdienste leistet. Selbstverständlich nimmt der Konsumist die Verteuerung seiner Lebenshaltung nicht ohne Protest auf sich und schiebt die Schuld wie gewöhnlich zum Teil der Regierung, zu einem großen Teil aber auch der Landwirtschaft in die Schuhe. Sehr zu Unrecht; denn der Ausgangspunkt für die letzten Preissteigerungen liegt sicher nicht bei der Landwirtschaft. Aus den Marktberichten und Statistiken der zuständigen Stellen geht deutlich hervor, daß die große Masse der Landwirtschaft auch heute noch für ihre Produkte, besonders für Vieh und Fleisch, im Durchschnitt kaum die Vorkriegspreise erhält. Dagegen weisen die Tatsachen viel deutlicher darauf hin, daß die gewaltigen Preissteigerungen auf dem Lebensmittelmarkt nicht zuletzt in der ungerückterhalt hohen Spanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreis zu suchen sind.

Nach den kleseren Gründen braucht man nicht lange zu forschen. Die infolge der Einschränkung der Produktion aus dem Produktionsprozess ausgeschalteten Kräfte wandten sich, ebenso wie die zahlreichen Zuwanderer aus dem Osten, vor dem Kriege in Deutschland nicht bodenständig waren, natürlich in erster Linie dem Handel zu, zumal die Nach-